
An die
Mitglieder von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Hessen

Berlin, 4. Oktober 2007

Abstimmung zum ISAF-Mandat der Bundeswehr

Liebe Freundinnen und Freunde,

am Freitag, den 12. Oktober entscheidet der Bundestag in einer verbundenen Abstimmung über die Fortsetzung des Bundeswehrmandates im Rahmen von ISAF und den Einsatz von Aufklärungs-Tornados in Afghanistan.

Die Zusammenlegung der Abstimmungen ist zwiespältig zu bewerten. Einerseits ist sie ein taktisches Manöver der großen Koalition, um potenzielle Kritiker des Tornado-Einsatzes innerhalb der SPD zur Zustimmung zu drängen. Andererseits ist sie in der Sache begründbar, da die Tornado-Aufklärungsflugzeuge der Bundeswehr stets Teil von ISAF waren und dies auch künftig sein sollen.

Wir Grüne haben den Aufbau in Afghanistan und den zivil-militärischen Ansatz zur Erreichung dieses Zieles in den zurückliegenden Jahren stets sehr intensiv, sehr ernsthaft und auch kritisch diskutiert und begleitet – dies ganz im Gegensatz zu allen anderen Fraktionen im Bundestag. Auch der Beschluss des Sonderparteitages von Göttingen hat nochmals deutlich gemacht, dass wir die Menschen in Afghanistan nicht im Stich lassen wollen und daher grundsätzlich eine Fortsetzung des ISAF-Mandates für unbedingt notwendig erachten.

Mit Mehrheit hat sich die Sonder-BDK gleichzeitig gegen eine Fortsetzung des Tornado-Aufklärungseinsatzes in Afghanistan ausgesprochen und den Bundestagsabgeordneten unter Gewichtung dessen empfohlen, in der verbundenen Abstimmung zu ISAF und Tornados nicht zuzustimmen.

In den Wochen seit der BDK haben unsere Fraktionskollegen und -innen und wir die Diskussion fortgesetzt, einerseits natürlich über unsere fachliche Einschätzung der aktuellen Lage in Afghanistan, andererseits eben auch darüber, welche Konsequenzen sich aus dem Beschluss der

Sonder-BDK und der aktuellen Situation in Afghanistan für unser Abstimmungsverhalten ergeben.

Die Fraktion hat sich vorgenommen, das Ergebnis des Parteitags auch in ihrem Abstimmungsverhalten zum ISAF-Mandat widerzuspiegeln. Diese Entscheidung halten wir für richtig und konsequent, denn sie zeigt den Respekt der Bundestagsfraktion vor dem Parteitagsbeschluss. Entsprechend wird voraussichtlich die Mehrheit der Fraktion dem verbundenen Mandat nicht zustimmen – also mit Enthaltung oder Nein stimmen.

Gleichzeitig hat die Diskussion in der Fraktion auch deutlich gemacht, dass die Gewissensfreiheit der einzelnen Abgeordneten davon unberührt bleibt. Diese Klarstellung wurde leider notwendig, da sich direkt nach der BDK einzelne FunktionärInnen von Bundes- und Landes-Ebene dazu berufen fühlten, allen Abgeordneten, die dem verbundenen Mandat zustimmen wollen, zu drohen, künftig nicht mehr für den Bundestag nominiert zu werden.

Als hessische Abgeordnete haben wir uns mit solchen Äußerungen nicht konfrontiert gesehen. Unser Landesvorstand hat uns klar signalisiert, dass für ihn die im Grundgesetz verankerte Gewissensfreiheit von Abgeordneten gilt. Dafür möchten wir uns ausdrücklich bei ihm bedanken. In der Sache haben uns in den letzten beiden Wochen zahlreiche Zuschriften von Parteimitgliedern und Grünen-WählerInnen sowie Wortmeldungen direkt aus Afghanistan erreicht.

Am 24. September schrieb uns Grünen-Abgeordneten eine Gruppe bestehend aus afghanischen Parlamentariern, Vertretern der Unabhängigen Menschenrechtsorganisation, Frauenrechtsaktivistinnen, Vertretern von Nichtregierungsorganisationen und der Privatwirtschaft in einem Brief unter anderem:

„Wir geben zu, dass in den letzten Jahren in Afghanistan nicht alles richtig gelaufen ist. Lassen Sie uns aber deshalb nicht auf halbem Weg aufgeben, sondern gemeinsam ueberlegen, was wir falsch gemacht haben. Wir muessen an unserer Wiederaufbaustrategie und Staatsbildung gemeinsam arbeiten.

Eine Ablehnung des Wunsches des afghanischen Volkes neben humanitaerer Unterstuetzung auch nach deutscher militaerischer Unterstuetzung, waere ein Rueckschlag fuer die junge Demokratie in Afghanistan und ein Erfolg fuer die Terroristen. Sie weisen zwar immer wieder darauf hin, dass Sie das ISAF-Engagement nicht in Frage stellen und es Ihnen um OEF und die Tornado-Einsaetze geht. Sie verkennen aber, welche Signalwirkung das in unserem instabilen Land hat. Die Menschen differenzieren nicht zwischen deutschen Tornados oder dem ISAF-Einsatz. Das, was

ausschliesslich ankommt ist, dass die Deutschen den Abzug vorbereiten. Die deutschen Tornado-Einsätze und die damit zusammenhängende innenpolitische –und rein deutsche- Debatte ist hier nicht bekannt. Im Gegensatz zu dem, was auf Ihrem Sonderparteitag behauptet wurde, spielen die deutschen Tornado-Einsätze ueberhaupt keine Rolle!“

Im Gegensatz zu dieser Darstellung zitierte Robert Zion am Ende seiner Einbringungsrede des BDK-Antrages als Kronzeugen dafür, dass die deutschen Aufklärungstornados „das beherrschende Thema“ in Afghanistan seien und als „faktische Kriegserklärung“ empfunden würden, den Marburger Politikwissenschaftler Matin Baraki. Dieser fiel in der Vergangenheit nicht nur durch einseitige Stellungnahmen zur Situation in Afghanistan auf, sondern auch durch seine aktive Unterstützung der PDS und DKP in Hessen. So unterzeichnete er im Bundestagswahlkampf 2005 einen Wahlauf Ruf zugunsten von Pit Metz, dem aufgrund seiner Uneinsichtigkeit in Sachen DDR-Vergangenheit von der Linkspartei selbst gestürzten hessischen Linke-Spitzenkandidaten zur Landtagswahl.

Unser langjähriger Landesvorsitzender Tom Koenigs, nun UN-Afghanistanbeauftragter, sagte am 6. September 2007 im ZEIT-Interview zur Wahrnehmung der Tornados in Afghanistan:

„Der Tornado-Einsatz ist wohl eher ein symbolisches Opfer. In Afghanistan versteht das keiner. Die Tornados haben keine schlechten Nachrichten produziert.“

Bedauerlicherweise hat die Bundesregierung noch immer keine offizielle Evaluation der Tornado-Einsätze vorgelegt. Deshalb sind viele Fragen zu den Aufklärungsflügen noch unbeantwortet. Fakt aber ist, dass sie in der afghanischen Öffentlichkeit und bei den NGOs kaum eine Rolle spielen.

Mit ISAF sieht das ganz anders aus. Menschenrechtsorganisationen wie Humans Right Watch, medico international oder die Gesellschaft für bedrohte Völker, die sogar mit VertreterInnen vor der BDK-Halle in Göttingen präsent waren, machen in ihren Stellungnahmen deutlich, dass ISAF einen wichtigen Beitrag für Sicherheit und Wiederaufbau in Afghanistan leistet. Human Rights Watch formuliert dies in einem Schreiben vom 3. September 2007 so:

„Dem afghanischen Volk und letztlich auch Deutschlands Rolle in der internationalen Staatengemeinschaft würde aber ein schlechter Dienst erwiesen, würde die Bundeswehr ihr Engagement in Afghanistan reduzieren oder gar beenden.“

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

wir haben in den letzten beiden Wochen die uns zur Verfügung stehenden Informationen über die Lage in Afghanistan, den Tornado-Einsatz sowie den Antrag der Bundesregierung zur Verlängerung des Mandats für Gesamt-ISAF intensiv diskutiert und geprüft.

Wir haben uns die Entscheidung zu unserem Abstimmungsverhalten nicht leicht gemacht und dabei vor allem die folgenden Punkte in die Abwägung mit einbezogen:

1. Eine Fortsetzung von Gesamt-ISAF ist nicht nur notwendig, sondern elementar wichtig für die Menschen in Afghanistan und den zivilen Aufbau des Landes.
2. Zahlreiche Zuschriften haben uns gezeigt, dass der ISAF-Entscheidung der Grünen eine Signalwirkung als Beginn eines Rückzugs Deutschlands aus der Verantwortung in Afghanistan beigemessen wird. Es darf daher nicht die Wahrnehmung entstehen, die Grünen würden bereits einen „Exit“ der Bundeswehr aus Afghanistan vorbereiten. Dies ist auch wortlautlich nicht die Intention des BDK-Beschlusses.
3. Alle Informationen und Diskussionen der letzten beiden Wochen haben gezeigt, dass auch die kritischste Haltung zu den Tornados keinesfalls die Bedeutung des gerade für den zivilen Aufbau lebenswichtigen Auftrags von Gesamt-ISAF aufwiegt.
4. Gleichzeitig halten auch wir einen Strategiewechsel in Afghanistan für notwendig. Die zivile Hilfe und der Polizeiaufbau müssen dringend aufgestockt werden und der Bevölkerung in allen Provinzen zu Gute kommen. Die Bundesregierung muss sich u.a. dafür einsetzen, dass der OEF-Einsatz beendet wird, der Drogenanbau anders bekämpft wird und intensivere Verhandlungen sowohl mit afghanischen Oppositionellen als auch regionalen Nachbarn geführt werden.
5. Im Bundstag steht der deutsche Beitrag zum ISAF-Mandat zur Abstimmung. Trotz aller Kritik an der Afghanistanpolitik der Bundesregierung müssen wir uns auch als Oppositionspartei der Frage stellen, ob die Situation in Afghanistan mit DIESEM deutschen Beitrag oder mit einem Abzug der Bundeswehr besser wäre. Das vom Parteitag geforderte ideale, grüne UN-Mandat steht im Bundestag nicht zur Abstimmung. Selbst eine grüne Alleinregierung könnte die genauen Konditionen des multilateralen Einsatzes in Afghanistan nicht unilateral bestimmen. Gerade wir Grüne als Vertreterinnen und Vertreter einer multilateralen Außenpolitik sollten daher nicht fordern, dass sich Deutschland

unilateral aus der Gesamtverantwortung eines UN- mandatierten Einsatzes zurückziehen soll.

Vor diesem Hintergrund können wir uns nicht anders entscheiden, als der Fortführung des Gesamt-ISAF-Mandats für die afghanische Bevölkerung eine größere Bedeutung einzuräumen als den bestehenden kritischen Fragen zum Tornado-Einsatz. Auch können wir dem sinnvollen deutschen ISAF-Beitrag nicht wegen grüner Kritik an der internationalen Afghanistanstrategie die Zustimmung verweigern. Diese berechnete inhaltliche Kritik können wir an anderer Stelle – etwa durch einen Entschließungsantrag – zielgenauer zum Ausdruck bringen.

Daher werden wir in der Abstimmung am 12. Oktober dem Gesamt-ISAF-Mandat der Bundeswehr zustimmen. In Form von persönlichen Erklärungen werden wir unser „Ja“, unsere kritische Haltung zur Informationspolitik der Bundesregierung zu den Tornados sowie unsere Forderung für einen Strategiewechsel in Afghanistan begründen.

Wir berufen uns mit unserem Minderheitenvotum auf die im Grundgesetz (Artikel 38, Abs. 1, Satz 2) festgelegte Gewissensfreiheit der Abgeordneten. Und wir gehen davon aus, dass auch diejenigen, die in der Regierungsbeteiligung „Nein“ zu einem aus ihrer Sicht falschen Militäreinsatz gesagt haben, in der Opposition ein „Ja“ zu einem von uns Grünen breit als grundsätzlich richtig bewerteten Bundeswehreinsatz tolerieren werden.

Wir hoffen auf Euer Verständnis für diese Entscheidung und sind uns natürlich bewusst, dass in diesem Brief nicht alle Argumente angeführt werden konnten, die uns zu dieser Entscheidung geführt haben. Wir stehen daher – alle fünf – gerne für Nachfragen und Diskussionen in den Kreisverbänden zur Verfügung. Bitte wendet Euch an uns, damit wir vor Ort unser Abstimmungsverhalten ausführlicher begründen und dieses zur Diskussion stellen können.

Das Thema Afghanistan wird uns über diese Abstimmung hinaus noch lange beschäftigen. Wir hoffen, dass die Menschen in diesem Land nach Jahrzehnten des Krieges und der Repression schnellstmöglich endlich in Ruhe und Frieden leben können. Dies zu ermöglichen ist die Verpflichtung, die wir eingegangen sind, und an der wir unsere Arbeit und unsere Entscheidungen werden messen lassen müssen.

Viele Grüße

Priska Hinz

Anna Lührmann

Nicole Maisch

Omid Nouripour

Margareta Wolf